

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919**

126 (31.5.1919)

# Beilage zur Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

### Zur Wohnungsnot in den Landgemeinden.

\* Man schreibt uns:

Wie in Nr. 122 des badischen „Staatsanzeigers“ zu lesen steht, wird durch eine neue Verordnung des Arbeitsministeriums bestimmt werden, wieviel Wohnräume im allgemeinen ein Haushalt in Anspruch nehmen darf und daß die Gemeinde die danach entbehrlichen Räume an Wohnungssuchende zuweisen darf. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß der Schwerpunkt der Wohnungsnot nicht mehr ausschließlich in der Mietzinssteigerung, sondern in dem tatsächlichen Mangel an Wohnungen, die zur Miete zur Verfügung gestellt werden, zu erblicken ist.

Dieser Wohnungsmangel macht sich neuerdings nicht nur in großen und mittleren Städten, sondern auch in kleineren und mittleren Landgemeinden in einer Weise bemerkbar, die ein Eingreifen dringend notwendig erscheinen läßt. Um hier aber die richtigen Maßnahmen ergreifen zu können, muß man sich klar machen, daß die Ursache für den Wohnungsmangel in Städten und in Landgemeinden eine grundverschiedene ist. Während in Städten die hauptsächlichste Ursache in der geringen Bautätigkeit infolge des Mangels an Rohmaterialien bei mindestens gleichbleibender Bevölkerungsziffer zu suchen ist, kann dies für die Landgemeinden schon deswegen nicht zutreffen, weil dort in Verhältnis zu der Zeit vor dem Kriege nicht ein Anwachsen der Bevölkerungsziffer, sondern häufig eher ein Rückgang derselben zu verzeichnen ist. Wenn man also von dem geringfügigen Abgang an Wohnungen durch Brand, Vorfälle etc. u. dgl. abstrahiert, so darf man ruhig davon ausgehen, daß Wohnungen an sich mindestens im gleichen Prozentsatz den Landgemeinden zur Verfügung stehen wie vor dem Kriege, daß dieselben aber nicht in der gleichen Anzahl zur Verfügung gestellt werden. Die Gründe dafür sind — dies soll doch einmal offen ausgesprochen werden — teilweise recht menschlicher Natur. Während der Landbevölkerung, auch soweit sie einen größeren landwirtschaftlichen Betrieb ihr Eigen nennen konnte, immer erwünscht war, neben den Erträgen der Landwirtschaft selbst, aus dem Hausgrundstück noch einen Mietzins von 150—250 M. jährlich zu ziehen, ist es dem meisten heute nicht mehr angenehm, wegen dieser paar Mark sich die Beschränkungen aufzuerlegen, die das Zusammenwohnen mit andern Familien im selben Haushalt mit sich bringt. Das Zusammenwohnen im ländlichen Haushalt bedeutet nun allerdings meistens etwas anderes wie in der Stadt; die Wohnungen sind nicht streng voneinander abgeteilt, recht oft müssen sogar zwei Familien ein und dieselbe Küche benutzen, so daß sozusagen der Haushalt der Familie für den Mitbewohner offen vor Augen liegt. Und gerade hier liegt der springende Punkt für die Weigerung vieler ländlicher Familien: denn was zu Friedenszeiten an Vorräten offen gezeigt werden durfte, könnte vielleicht jetzt auf dem Wege der so beliebt gewordenen anonymen Anzeigen zu unliebsamen Erörterungen vor dem Kommunalverband führen und deshalb verzichtet man lieber auf den „kleinen“ Vermögensvorteil, um damit sein eigener Herr im Hause zu sein.

Es ist klar, daß auf solche Sonderwünsche die Verordnungen gegen Wohnungsnot keine Rücksicht nehmen dürfen, und es ist ebenso klar, daß eine Verordnung, die rein schematisch jedem Bewohner so und so viel Wohnräume zuschreibt, den Verhältnissen auf dem Land nicht gerecht werden kann. Nehmen wir an, daß z. B. einer jeden Familie in der neuen Verordnung eine besondere Küche zugewiesen wird, so ist ihre Wirkung auf dem Lande nicht nur gleich Null, sondern wird sogar zu einer wirksamen Waffe gegen das Mietzinsamt; denn die allermeisten Bauernhäuser sind von vornherein nur mit einer Küche ausgestattet. Desgleichen ist es mit den Nebenräumen (Küchen, Speisekammer, Keller u. dgl.) Hier müßte also in der neuen Verordnung eine besondere Rücksichtnahme auf ländliche Verhältnisse in der Weise Platz greifen, daß eine gleichzeitige Benützung solcher Nebenräume durch mehrere Familien verlangt werden darf und muß. Man

braucht eben in dieser Beziehung nicht allzu ängstlich zu sein; was bisher oft 15 und 20 Jahre ohne Anstand gegangen ist, das kann man in dieser Übergangswirtschaft unbedenklich auch weiter verlangen.

Ein weiterer Punkt liegt auf dem sehr kühlen Gebiet der inneren Gemeindepolitik. Die Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918 (Reichs-Gesetzbl. 1143) läßt lediglich ein Recht der Gemeindebehörde zu, einen Wohnungssuchenden in eine leer stehende Wohnung einzuweisen bezw. das Mietzinsamt im Weigerungsfalle anzurufen. Wer aber weiß, wie sehr jede Entscheidung der Gemeindebehörden auf dem Lande persönlichen Beeinflussungen ausgesetzt ist und wie auch heutzutage noch auf diese Entscheidungen der größere Besitz immer noch die entscheidende Wirkung auszuüben imstande ist, dem ist auch bekannt, mit welchen Schwierigkeiten eine Gemeindebehörde zu kämpfen hat, wenn sie gerade einem wohlhabenden Bürger bezw. Bauern eine solche unerwünschte Einquartierung ins Haus legen will. Jahrelange persönliche Feindschaft ist noch das geringste Übel, was da der Bürgermeister in Kauf nehmen muß. Darum wäre zu fordern, daß außer der Gemeindebehörde auch dem Wohnungssuchenden selbst ein direktes Antragsrecht beim Mietzinsamt gestattet wird. Dann fiele die Entscheidung endgültig beim unabhängigen Mietzinsamt und nicht mehr fast ausschließlich bei der, vielen unkontrollierbaren Einflüssen zugänglichen, Gemeindebehörde — eine Anordnung, wie sie sicherlich von niemand freundlicher als von den Gemeindebehörden selbst begrüßt werden dürfte.

Diese Fragen, die in größeren Städten wohl kaum irgendwo von Bedeutung sein dürften, sind in kleinen Gemeinden gewissermaßen der Lebensnerv der ganzen Wohnungsfrage und fordern daher eine besondere Berücksichtigung, da nur durch deren Lösung vertrieben wird, daß auch hier wiederum die größten Lasten auf die schwächsten Schultern abgeköpft werden. Das gleiche gilt von der Herabsetzung der Mietzinsforderungen, da auch hier die gleichen Fragen hereinspielen werden. Selbstverständlich ist, daß trotzdem das Mietzinsamt auch künftighin den Bürgermeister einer kleinen Gemeinde in all diesen Fragen gutachtlich wird hören müssen, wie es überhaupt zweckdienlich erscheint, denselben zu allen Sitzungen des Mietzinsamtes, die am besten in den fraglichen Landgemeinden an Ort und Stelle abgehalten werden, beizuziehen.

Antwörter C. H. H.

### Politische Neuigkeiten.

#### Stimmungsäußerungen aus der französischen Arbeiterschaft.

\* „Populaire“ protestiert dagegen, daß ein Artikel „Notwendig wichtiges Ultimatum“ von der Zensur teilweise verboten worden ist. Das Blatt schreibt: Zweifellos wird es auch so bleiben, bis rote Warden unsere Zensur ersetzt haben. Augenblicklich herrscht überall die Diktatur, aber man kann annehmen, daß letzten Endes die Arbeiter- und Bauernmassen überall die Oberhand gewinnen werden, dann wird der revolutionäre Gedanke nicht mehr mit einem Siegel erstickt werden. Vorläufig müssen wir uns noch fügen.

\* „Populaire“ meldet, daß der Nationalausschuß der französischen Gewerkschaften einen Antrag annahm, sich sofort mit den Regierungen der Engländer, Italiener und Franzosen ins Benehmen zu setzen, um die Regierungen zur sofortigen Zurücknahme der Truppen, welche sich in Rußland und anderswo befinden, aufzufordern und um die Probleme zu erörtern, welche die Zukunft des Weltproletariats interessieren. Eine Abordnung von 15 Mitgliedern werde der Regierung die Wünsche des Nationalausschusses überbringen.

### Ein englischer Offizier zur Friedensfrage.

Ein englischer Offizier, der bis zum Abschluß des Waffenstillstandes im Offiziersgefangenenlager in Freiburg war, richtete am 17. November einen Brief an einen Freund in England, der heute im Hinblick auf die Verhandlungen in Versailles von besonderem Interesse ist. Er schreibt darin u. a.:

„Aber jetzt, da der Friede kommt, sehen wir, wie wir hart gekämpft haben für die universelle Brüderlichkeit, mit Hoffnung in die Zukunft! Und wir jungen Männer, die wir auf den Schlachtfeldern Frankreichs den Tod sahen, ehe wir das Leben gelollet, müssen das Wort haben, und was noch mehr ist, die Welt muß uns hören! Wir verlangen einen gerechten Frieden, einen dauernden Frieden, durch den alle Menschen frei werden!“

Das deutsche Volk, das 50 Monate so tapfer gekämpft hat, hat heute die größte Revolution in der Weltgeschichte. Bis jetzt ging alles in bester Ordnung, ohne Blutvergießen, ein dauernder Tribut für das deutsche Volk! Nur ein vornehmer Mann konnte so handeln! Ich hoffe, daß die Alliierten, die nun Meister der Situation sind, gerecht mit diesem noblen Volke verhandeln werden. Wenn nicht, dann werden wir Sozialisten lassen durch die ganzen Linien, und wir werden siegen! Chauvinismus und seine Anhänger müssen für immer von unserer sieben alten Planeten Erde verschwinden. Prinzen und Grafen ergötzen durch das Wort der Könige, ein ehrlicher Mann aber, ist das edelste Werk Gottes.“ Dies ist unser Lösungswort und wenn wir es richtig in uns aufgenommen haben, dann wird das Land Shakespeares, Buras und Kentons das Volk des Landes Goethes, Schillers und Kellers als Bruder grüßen! Keine gekrönten Häupter mehr, aber Männer, fleckige Männer! Das soll der Profit des Krieges sein. Über 10 Millionen prächtige junger Männer mußten sterben, um diesen Sieg zu erreichen. Der Gedanke macht mich traurig. Ist nicht der Preis zu hoch?

(gez.) Lt. Maximilian J. S. East Surrey Regt.

### Der Protest der Schweizer in Deutschland.

\* Die Kundgebung der Schweizerkolonien in Deutschland gegen die Hungerblockade ist nunmehr in einer Denkschrift erweitert dem Schweizer Bundesrat zugestellt worden. Auf Grund statistischen und Tatsachenmaterials erfährt diese völkerrechtswidrige, grausame Maßregel darin eine dokumentarische Beurteilung. Durch diese Bewegung ist zudem ein organisatorischer Zusammenschluß der Schweizer im ganzen Reich herbeigeführt worden, dem bereits 35 Schweizerkolonien beigetreten sind. Der weitere, wirtschaftlich auch im deutschen Interesse gelegene Ausbau dieses Zusammenschlusses ist unter Leitung des „Münchener Volksauschusses“ der Schweizerkolonien in Deutschland“ im Gange.

### Ein Streikverbot durch die britische Besatzungsbehörde.

\* Aus Bernath meldet das W.B. vom 28. d. M.: Infolge Ablehnung der Forderungen der hiesigen Arbeiterschaft auf eine einmalige Zulagezulage hatte der Aktionsausschuß der Arbeiter die britische Behörde angerufen. Das britische Schiedsgericht in Köln beschloß, daß die Forderungen für alle Arbeiter nicht bewilligt werden könnten. Die Arbeiterausschüsse beschloßen daraufhin gestern abend den sofortigen Generalstreik, trotzdem von der britischen Behörde der Streik verboten wurde.

Der Aktionsausschuß wurde nun heute morgen von der britischen Behörde auf das Rathaus bestellt und ihm die Frage vorgelegt, ob er sich bewußt wäre, daß er gegen die britischen Anordnungen verstoßen hätte. Die Führer bejahten diese Frage, worauf sie für verhaftet erklärt wurden. Der britische General gab im Anschlusse hieran noch die Erklärung ab, daß,

### Der Zusammenbruch des Deutschen Idealismus.

Von Will Scheller.

Seit dem Oktober des Jahres 1918 lebt das deutsche Volk unter dem Zeichen des Zusammenbruchs. Die politische Katastrophe folgt der militärischen, und aus beiden ergab sich, durch Schuld ganzer Volksteile verursacht, die wirtschaftliche, und die Stufungen des Abgrundes, in dem die Existenz Deutschlands zu verfallen droht, sind offenbar noch nicht zu Ende. Der jähe Sturz von dem Gipfel materieller Weltmachtstellung, der die Massen entsetzt, ist jedoch manchem nicht unerwartet gekommen. Es gibt in Deutschland Männer, die schon vorher gewarnt und ihre Besorgnisse über das Schicksal des deutschen Volkes kundgetan haben, während dieses Volk selbst einer seichten Genügsamkeit des Bewußtseins hingegeben war, einer geistigen Lauheit, welche natürlich nicht zu ahnungslosen Empfindungen, geschweige deutlichen Erkenntnissen befähigte. Zu den Männern, die wider solche Trägheit des deutschen Innenlebens ihre Stimme, freilich ungehört, erhoben haben, gehört Paul Ernst, ein Dichter, dem es in seiner eigenen Arbeit stets um eine Wiedergewinnung derjenigen Gemütsstimmung zu tun gewesen ist, derjenigen Geistesverfassung, auf welcher die unsterbliche Wirkung antiker Dichtwerke zu beruhen scheint. Im 13. Band seiner (bei Georg Müller in München erscheinenden) Gesammelten Werke, überschrieben: „Der Zusammenbruch des deutschen Idealismus“, versucht er die Frage zu beantworten, wieso Deutschland dahin kommen konnte, wohin es nun gekommen ist. Das Buch ist 1917 abgeschlossen worden und wirkt dadurch um so bedeutungsvoller. Paul Ernst faßt die Frage in rein geistigen Sinne auf und äußert die Überzeugung, daß Deutschland innerlich vom rechten Wege abgekommen, seiner Weltmission untreu geworden sei, und zwar nicht erst neuerdings, sondern schon in der Epoche nach den Freiheitskriegen gegen Napoleon I. Damals, als ein leichtfertiger, oberflächlicher Liberalismus den eben erst zum Ausdruck gelangten Idealismus ablöste, damals geschah, so meint Paul Ernst, das Uebel, aus dem alle anderen wie aus einer giftigen Wurzel erwachsen und schließlich zu der Komplikation führten, die sich im Weltkrieg katastrophal über die Völker Europas entlud.

Paul Ernst ist sich darüber klar, daß er nicht als Philosoph oder Historiker von Fach sprechen kann. Er empfindet sich durchaus als Dichter und will in seinen Betrachtungen nur das niederkriegen, was ausgedrückt der gegenwärtigen Dichtkunst infolge des bestimmten Charakters ihren Formen nicht in der Lage ist. Verhältnismäßig geht er von dem aus, was ihn am tiefsten bewegt, von der Kunst. Er sieht nun überall mit Bekümmernis die Kluft zwischen Volk und Kunst, und die Frage, warum und wann sie sich angetan hat, ist dasjenige Motiv, das ihm zur Behandlung des großen nationalen Problems die wertvollsten Dienste leistet.

Es übertrifft zunächst, zu sehen, daß von den zwölf Abschnitten seines Buches neun mit rein literarischen Dingen beschäftigt sind, mit Theaterangelegenheiten von der Antike bis zur Neuzeit. Hierbei findet der Autor aber häufig Anlaß zu interessanten, tiefgründigen Abweichungen über grundsätzliche Probleme der tragischen Kunst, der dichterischen Formen, der Psychologie des ästhetischen Genusses und der Produktion, über die Kontraste und Zusammenhänge von Antik und Modern, und ergeht sich oft in spekulativen Unterscheidungen kultureller Begriffe, wodurch er sich dem Kern des Ganzen auf eigenümliche Weise nähert. Was er mitteilt, ist dann nicht eine Reihe deutlicher Ergebnisse beendeter Forschung, abschließender Gedankengänge, sondern gemeinlich Aufdeckung eines beständigen, eindringlichen Suchens. Anregung, Aufschluß neuer Wege zu einem Ziel, das selber bunzel durch das Zögern einer unendlichen Vielfalt von Gedankem wittert. Und inmitten dieses nicht leicht zu erschöpfenden Vielfalts entfalten dann doch Prägnanzen von solcher Klarheit und Tiefe, daß sie in der Tat Einmaliges und Endgültiges zum Ausdruck bringen, Urteile, die nicht nur Gedankentreiben eines Einzelnen, sondern Gedankenreihen einer Epoche abzusprechen würdig sind.

Niemand kann es wundern, daß innerhalb einer solchen Fülle von Geistigem, die auf so durchaus eigenem Boden erwächst, fast jeder etwas findet, womit er sich nicht einverstanden erklären kann, ja, wogegen er sich auflehnt. Bei einer so selbständigen Persönlichkeit wie Paul Ernst ist nicht zu erwarten, daß ihre Äußerungen jedem genehm sind, und auch gewiß nicht alle dem, der die meisten anerkennt. Aber ein gutes Buch erweist sich nicht minder darin, daß es Widerspruch er-

weckt, als darin, daß es Zustimmung hervorruft. Ein bedeutender Mensch sagt seine Meinung, ruft sie hinaus, und nun wird sie Frucht tragen, so oder so. Das Judentum wird hier als giftige Wucherpflanze bezeichnet: das mag manchem nicht behagen. Aber es wird auch eine unbestechliche Kritik geübt an gewissen Erscheinungen des Preußentums: da werden viele den Kopf schütteln. Wer aber möchte nicht auch Hoffnung schöpfen, wenn der Dichter Worte ausspricht, wie diese: „Wenn heute noch in einem Volke die Möglichkeit vorhanden ist, daß der Kampf Gottes gegen den Bösen aufgenommen wird, dann ist es doch, trotz seiner tiefen, tiefen Erniedrigung, im deutschen Volk. Wie das geschehen kann, das kann kein Einziger wissen. Nur: die Menschheit kann doch nicht zugrundegehen: und ein besseres Volk wie die Deutschen ist nicht mehr da auf Erden.“

Paul Ernst ist klar, daß der Grund des Übels nicht in einzelnen Symptomen zu suchen ist, sondern im Kern der Lebenshaltung. Mit Recht sagt er darum von den politischen Neuerungen, die kommen werden, daß damit grundsätzlich gar nichts geändert ist; nur wird das Leben um eine Reihe schwer zu ertragender Umstände und Verhältnisse bereichert sein. . . nicht Reformen und Revolutionen tun uns not, sondern eine Einkehr zu einer wahren Sittlichkeit.“

Wie auch immer innerhalb der Leserschaft dieses Buches von Paul Ernst die Einzelnen je nach Abkunft, Daseinsziel, Charakter und Gesinnung zu den speziellen Formulierungen sich verhalten mögen, eines werden alle miteinander befehlen und ganz entgegen haben: daß hier ein deutscher Mensch mit dem ganzen Einsatz seiner Persönlichkeit bemüht ist, in den Werten des Vaterlandes einen Ausweg zu finden, eine Möglichkeit, an der die zerschmetterte Lebenshoffnung eines Volkes wieder sich aufrichten kann zu neuem Streben. Daß dieses neue Streben wertvoller sein müsse, als das, welches in der großen Katastrophe untergegangen ist, erscheint nur als eine logische Forderung. Und auf welchem Wege diese neuen, höheren Werte für die Nation zu finden sein werden, das ist offenbar aus diesem einen vielfältigen Buche besser zu lernen als aus allen bisher bekannt gewordenen Kundgebungen spezialisierteren Inhalts und durchsichtigeren Gepräges.

wer weiter streife, sofort über die Grenze transportiert werden würde. Bei dem Abtransport der Führer wurden von einigen Arbeitern Hochrufe auf sie ausgebracht. Die Betreffenden mußten sofort ihre Plätze abgeben und sehen strenger Verstrafung entgegen. Auf heute Abend sind Versammlungen der Arbeiter einberufen, um über die Lage zu verhandeln.

Die englische Militärbehörde ordnete inzwischen, wie verschiedenen Morgenblättern berichtet wird, die Deportation der ausländischen Arbeiter zur Arbeit in dem Wiederaufbauungsgebiet in Belgien und Frankreich an.

## Badische Zeitungsstimmen.

### Aussichten und Aufgaben.

Das „Heidelberger Tageblatt“ bringt einen lesenswerten Leitartikel, der angesichts der neuen politischen Lage feststellt, daß es zunächst heisse, kühl und nüchtern zu überlegen, welche Aussichten sich bieten, und zu prüfen, wo wir bei uns selbst oder wie auf der feindlichen Seite ein letzter Lichtstrahl für unsere Sache nutzbar gemacht werden könne. Er verweist dabei auch auf die Protestbewegung im Innern und den an die Augusttage 1914 erinnernden großen Einigkeitstag, warnt aber vor einer Überhöhung des Wertes dieser Protestbewegung in ihrer jetzigen Form. Die nationale Welle, die jetzt über alle deutschen Gänge hinwegbraust, dürfe einerseits nicht zu einer nationalpolitischen, die Verhältnisse der Wirklichkeit vernachlässigenden Welle werden, sie dürfe andererseits aber auch nicht nutzlos verebben. „Dafür, so sagt er u. a., müssen alle mit Sorge tragen, daß das Aufblühen unserer Deutschheit gegen den fanatischen Vernichtungswillen der Feinde nicht nur Fahndes bleibt, daß es einst im Buch der Weltgeschichte nicht als letzter Todeskampf gezeichnet und schon jetzt bei den Gegnern als unerlöste Theatermaske ausgesetzt werden kann. Dazu aber müssen wir uns entschlußfähig machen, müssen unablässig — wie in den Jahren nach dem Zusammenbruch von 1806 — bemüht sein, dem deutschen Volke wieder Mut und Vertrauen einzuflöhen und alle Kräfte zusammenschließen, um auf den Pfeilern von Gemeinwohl, Pflichtbewußtsein und Arbeitslust das neue Deutschland aufzurichten. Der Einzelne gilt nichts, das Leben des Volkes ist alles! So muß auch heute die Lösung lauten. Das Schicksal, in welcher Form immer es über uns kommen mag, soll uns vorbereitet und gewappnet finden in harten Kämpfen. Hüthen wir uns jetzt vor Dummdheiten und hüthen wir uns vor trügerischem Geschwätz, das dieser Tage auch von Heidelberger Straßennenden in Flugplakaten zum bewaffneten Widerstand aufruft und die militärische Erhebung predigt. Die „Feme der Dalg“ — so die Unterzeichner dieses Machtworts — sind Reaktionen oder verärrt gewordene Illusionen. Ihr Treiben läßt sich wahrhaftig nicht anders kennzeichnen als ein Schindludertreiben mit dem Dasein des deutschen Volkes und Vaterlandes in bitterster Not.“

In einem weiteren Artikel bemerkt der Verfasser, daß wir durch die Ausbeutung der nationalen Bewegung zu einer nationalpolitischen, zu der früher beliebten Sentimentalität, Politik zurückkehren würden, die nach innen und außen kein Haar besser wäre als die internationalistische Illusionspolitik, in der die Unabhängigen befangen sind. In weiteren geht der Verfasser auf die Gedankenengänge der Unabhängigen des näheren ein, deren Hoffnungen auf eine baldige Weltrevolution er nicht für berechtigt hält. Statt einer internationalistischen Illusionspolitik verlangt er Realpolitik, also den Versuch, mit den Feinden zu Verhandlungen zu gelangen. Er fährt dann fort:

„Was nun die Regierungssozialisten betrifft, so wissen sie sehr wohl, daß ihre Existenz von diesen Dingen abhängt. Die Unabhängigen denken so auch gern das Mittel, die „Blutbande“, Scheidemann u. Koste in Verruf zu bringen, indem sie sagen, die Mehrheitssozialdemokratie und ihre Führer setzten ihren parteipolitischen oder persönlichen Interessen die Interessen des internationalen Proletariats hinten. Man schilt also die Mehrheitssozialisten als Abtrünnige gegenüber dem Marxismus, selber aber lehnt man — wiederum einer dem seltsamen Gedanken sprünge — die Verantwortung ab; man will nicht die Regierung übernehmen, weil man die andere ihre Suppe selbst auslöffeln lassen will. Nun ist zweifellos: die internationale Politik der Sozialisten überhaupt hat mit dem Diktatbuch von Versailles einen Bankrott erlebt von noch unüberschaubarer Bedeutung. Weidmündig ist in dieser Hinsicht das Wort des badischen Abgeordneten Marim, die Sozialdemokratie habe durch Versailles eine „grünliche Enttäuschung“ erlebt. Es würde hier zu weit führen, darzulegen, daß auch die Mehrheitssozialdemokratie nicht ganz rein und maßlos in der Frage der Schuld am Zusammenbruch dastehet. Wir wollen auch nicht davon sprechen, daß doch die Hoffnung auf Stockholm eine ebenso falsche Rechnung war, wie die Tatsache, daß man z. B. in Brüssel am 9. November verkündete, der Friede sei nur noch eine Frage von Tagen. An dem Lauf des Geschehens ist keine Partei ganz schuldlos; jede hat etwas verjährt oder sich falschen Erwartungen hingeeben. Keine aber hat sich so in die Bahnvorfstellung von Deutschlands Alleinschuld hineinhypnotisiert und ihre Politik darauf aufgebaut, wie die Unabhängigen. Daß sie auch in diesem Punkte durch die Lehre von Versailles nicht von ihrem Irreweg abgebracht werden, ist ein betrübliches weiteres Zeichen für die reine ideologische Art ihrer Politik. Doch darauf weiter einzugehen, erübrigt sich heute; auch eine Einmischung in die Abrechnung zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialisten, die jetzt so eifrig getrieben wird, um sich näher zu kommen ist in dieser Stunde nicht geboten. Worauf es in diesem Zusammenhang ankommt, ist die Feststellung: die Mehrheitssozialdemokratie hat eine nationale Mauerung erfahren; kein Vertreter der Rechten hätte eine vaterländische Rede halten können, wie die Scheidemanns. Das böse und dumme Wort von den „vaterlandslosen Gesellen“ wird heute gewißlich kein noch so verböhrteter Konjunktiver oder Alldäuscher mehr wagen. Die Mehrheitssozialdemokratie ist eine durch und durch praktische Arbeit und zur Verantwortung bereite nationale Partei geworden. Man muß es wirklich überlegen: Wir können überlassen, aus dieser Haltung einen parteipolitischen Feldzugsplan herauszukonstruieren. Chauvinisten, die das deutsche Wort: „Undeutsch ist nur deutsch zu sein“ energisch auslegen wollen, muß gesagt werden, daß wir noch immerhin früher oder später in der Welt mit andern Völkern zusammenleben müssen und daß es deshalb falsch wäre, der Mehrheitssozialdemokratie ihre internationale Kampfberechtigung beschneiden oder ableugnen zu wollen. Wir würden uns selbst einer wichtigen Waffe begeben, sowohl gegenüber dem Ausland wie gegenüber Spartakus und seinem Anhang.“

„Liegen die Dinge nun aber folgermaßen, so ergibt sich zweierlei: einmal die Notwendigkeit, die Mehrheitssozialisten in dem nationalen Fahndes festzuhalten, und zum zweiten, sie mehr und mehr zu der Einsicht zu bringen, daß ein rein dogmatisches Experimentieren auf wirtschaftlichem Gebiet zum Schaden der Volkswirtschaft und damit der Arbeiterschaft führen muß (wobei vermerkt werden darf, eine Rede des badischen Verkehrsministers Müller im Verfassungsausschuß, die sich mit der Sozialisierungsfrage beschäftigte und dank ihrer Bemühungheit den Weisfall aller badischen Parteien im Landtag

ernstete). Die vorbezeichneten beiden Aufgaben sind nun zum wesentlichen Teil Aufgaben der bürgerlichen Parteien. Hier ist ein Boden gegeben, auf dem sich immer wieder zusammen arbeiten lassen müssen und auf dem zum Abbau des Klassenhasses übergegangen werden kann. Aus diesem Boden allein kann aber auch der Glaube an das deutsche Volk und seine Sendung erwachsen und Stärkung erfahren. Es wäre Wahnsinn, die Mehrheitssozialdemokratie in der großen Politik jetzt bekämpfen oder gegen sie regieren zu wollen; ihre Anhänger würden dadurch lediglich in Massen in das Lager der Unabhängigen getrieben.“

In einem dritten Artikel kommt der Verfasser dann zu folgendem Schluß:  
„Die Aufgabe der deutschen Politik in diesem Augenblick beruht darin, fürs erste eine Antwort auf die Frage Ja oder Nein abzulehnen. In beiden Fällen würde das Unglück für unser Vaterland grenzenlos werden und die Gefahr des Zerfalls des Reiches würde wieder stärker in den Vordergrund treten. Worauf unsere Sinne jetzt allein gerichtet sein müssen ist: die Regierung und die deutschen Unterhändler bei ihrer so außerordentlich schweren Aufgabe mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Fäden, die man in Versailles zu spinnen begonnen hat, dürfen nicht zerissen werden durch ein übereifriges Treiben nationalistischer Kreise, das Wert darf aber auch nicht nolleiden durch eine Verzweiflung und Raubheit der deutschen öffentlichen Meinung der Schicksalsfrage Deutschlands und Europas gegenüber. In letzter Linie laufen so unsere Betrachtungen wiederum auf das Verlangen hinaus, eine psychologisch richtige Wertung und Verwertung der jetzigen Stimmung in Deutschland zu betreiben. Weiter wird der Versuch, in Versailles auf dem Wege der Verhandlungen mit der Bedingung zu erwirken, unterstützt werden müssen durch ein ehrliches Wägen, die Ernährungserzeugung zu steigern und uns innerlich auf die möglichen Verschiebungen und Aussichten der nächsten Zukunft einzustellen.“

## Staatsanzeiger.

Mit Entschlußung des Staatsministeriums vom 20. Mai d. J. wurden Oberbetriebsinspektor Karl Schneider in Konstanz zum Vorstand der Betriebsinspektion Freiburg, Oberbetriebsinspektor Johann Stahl in Karlsruhe zum Vorstand der Betriebsinspektion Konstanz, Betriebsinspektor Joseph Köhler in Karlsruhe zum Vorstand der Betriebsinspektion I, die Betriebsinspektoren Wilhelm Fuchs in Karlsruhe, Hermann Säger beim Eisenbahngeneralamt in Berlin und Ludwig Schulz in Karlsruhe zu Inspektionsbeamten bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen ernannt.

Die Zoll- und Steuerdirektion hat verordnet: unterm 9. Mai d. J. den Finanzsekretär Wilhelm Sinner in Karlsruhe zum Finanzamt übertragen unter Übertragung der etatsmäßigen Amtsstelle eines Bureaubeamten des Bezirksdienstes, unterm 11. Mai d. J. den Finanzsekretär Gustav Weigel in Lahr nach Karlsruhe, unterm 14. Mai d. J. den Finanzsekretär Wilhelm Baurer in Hornberg zum Hauptsteueramt Stühlingen unter Übertragung der etatsmäßigen Amtsstelle eines Bureaubeamten des Bezirksdienstes, unterm 16. Mai d. J. den Postverwalter Otto Wang in Konstanz nach Erzingen unter Übertragung der Leitung des Nebengolamts I dafelbst.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat verordnet: unterm 8. März d. J. den Eisenbahnsekretär Karl Kreumer in Heidelberg nach Karlsruhe, unterm 8. April d. J. den Eisenbahnsekretär Ludwig Vichtenberger in Offenburg nach Lahr-Dinglingen, unterm 9. April d. J. den Eisenbahnsekretär Emil Zimmermann in Mannheim nach Heidelberg, unterm 19. April d. J. den Eisenbahnsekretär Joseph Kiefer in Malsch nach Durnersheim.

Die Lotterie der Münchener Künstlergenossenschaft betr. Der Münchener Künstlergenossenschaft e. V. in München wurde die Erlaubnis zum Betrieb von 10 000 Losbriefen der von ihr veranstalteten Gegenstands-Lotterie zugunsten wirtschaftlich schwachstehender Künstler durch Ankauf von Silber und zur teilweisen Deckung der Kosten für die bis zum 1. Oktober 1919 stattfindende Kunstausstellung im Glaspalast in München im badischen Staatsgebiet unter den nachstehenden Bedingungen erteilt:

Die zum Vertrieb in Baden bestimmten Losbriefe müssen zuvor mit dem Stempel des Bad. Ministeriums des Innern versehen werden. Die Losbriefe dürfen in Baden durch Ankündigung in badischen Zeitungen und in anderer Weise nur unter Angabe badischer Bezugsquellen angeboten werden.

Karlsruhe, den 22. Mai 1919.  
Bad. Ministerium des Innern.  
Der Ministerialdirektor:  
Weingärtner. Schmidt.

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen zc. der etatsmäßigen Beamten der Gehaltsstarifabteilungen H bis K sowie Ernennungen, Beförderungen zc. von nichtetatsmäßigen Beamten. Aus dem Bereiche des Ministeriums der Justiz.

Ernannt: Kantsgehilfe Edgar Fuhner beim Amtsgericht Siedach zum Kantsgehilfen.

Beamtenentgeltverleihung: dem Kantsgehilfen Peter Schindler beim Notariat Weinheim, den Bureaugehilfen: Richard Freitag beim Notariat Krauthausen und Erwin Böhle beim Notariat Albenbüschelheim.

der Maschinenführer Silda Heber beim Amtsgericht Karlsruhe. Befördert: Bureauassistent Wilhelm Weber beim Landesgefängnis Mannheim zum Amtsgelängnis Schloss in Mannheim.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Beamtenentgeltverleihung: dem Mechaniker Gustav Euler beim physiologischen Institut in Heidelberg, dem Diener Rudolf Becker beim Naturalienkabinett in Karlsruhe, dem Maschinenführer Ernst Winkler bei der Landesbrennerei bei Heidelberg, der Verwaltungsassistentin Clara Bantmann und dem Verwaltungsassistenten Friedrich Kugl bei der Universitätsbibliothek Heidelberg, dem Verwaltungsassistenten Heinrich Schulz bei der Universitätsbibliothek Freiburg.

Ernannt: Gelehrer Hermann Säger bei der Universitätsbibliothek in Freiburg als Maschinist, die Diener Georg Erbach und Andreas Schmidt bei der städtischen Musik in Heidelberg.

Ernannt: die Bibliothekarin Bistoria Baumann bei der Bibliothek und Kirchenmusik in Freiburg zur Oberbibliothekarin.

— Evangelischer Oberkirchenrat —  
Gekoren: am 20. Nov. 1918: Martinus Hermann Dittus, Kantsgehilfen a. Z.

— Katholischer Oberkirchenrat. —  
Ernannt: Kantsgehilfe Karl Kränlein bei der Pfarler Kath. Kirchenschaffung Heidelberg als Kantsgehilfen.

Befördert: Kantsgehilfen Joseph Kaiser bei der Pfarler Kath. Kirchenschaffung Heidelberg zum Kathol. Oberkirchenrat.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Innern.

Beamtenentgeltverleihung: dem vertragmäßig verwendeten Kantsgehilfen Adolf Selz beim Ministerium des Innern und dem Bediensteten Bernhard Degler in Baden.

Ernannt: der frühere Schupmann Rudolf Baron beim Bezirksamt Murgbrunn.

Befördert: Schupmann Friedrich Pfeiffer in Freiburg zum Bezirksamt Heidelberg und Schupmann Johann Köhler in Mannheim zum Bezirksamt Murgbrunn.

— Badischer Gendarmerie-Korps. —  
Befördert:

Zu h. Oberwachmeistern: die Wachmeister: Heinrich Reishardt, Eduard Köhler, Adam Diers und Heinrich Köhler. Zu Wachmeistern ohne etatsmäßige Anstellung: Sämtliche Gendarmeriebeamten des Gendarmeriekorps, welche 3 Jahre dem Gendarmeriekorps angehören und eine Gesamtbesoldung — Militär und Gendarmerie — von 12 Jahren zurückgelegt haben, im ganzen 377 Beamte.

Zu provisorischen Gendarmen ernannt: die Feldwebel: Johann Koss vom Bezirkskommando Bruchsal, Elias Keller vom 1. Freiw. Bataillon, die Feldwebel: Heinrich Reinecke vom Bezirkskommando Bruchsal, Gottfried Steinhauser vom Freiw. Bataillon, Nr. 3, Karl Kähler vom Bezirkskommando Bruchsal, Friedrich Klittinger vom Freiw. Bataillon, Nr. 3, Adolf Bieger vom Freiw. Bataillon, Nr. 3, Ernst Bräuninger vom Freiw. Bataillon, Nr. 2, Gustav Maurer vom Freiw. Bataillon, Nr. 3, Gustav Künstlin vom Freiw. Bataillon, Nr. 2, Gregor Reichmüller vom Grenad.-Regt. 109, Karl Walbacher vom Freiw. Bataillon, Nr. 2, Karl Brand vom Freiw. Bataillon, Nr. 1, Kamill Bruder vom Bezirkskommando Offenburg, Franz Koe vom Grenad.-Regt. 110, Georg Gabelmann vom Bezirkskommando Bruchsal, Wilhelm Guggels vom Inf.-Regt. Nr. 169, Alois Schab, Wilhelm Keller, Christoph Kammer, Georg Schmitt und Joseph Reinhard vom 1. Freiw. Bataillon.

die Hauptwachmeister: Albert Eifer vom Feld-Regt. 30, Friedrich Schumacher vom Bezirkskommando Freiburg, Johann Reinecke vom Feld-Regt. 14, Emil Thoma vom Dragoner-Regt. 25, Wilhelm Maß von Stad.-Btl. 14, Gustav Rinkenmeier vom Feld-Regt. 66, Jakob Krug vom Feld-Regt. 14.

die Segenanten: Nikolaus Schneider vom Fuß-Regt. 14, Hermann Bus vom Bezirkskommando Freiburg, Otto Kög vom Bezirkskommando Siedach, Ludwig Richter vom Bezirkskommando Bruchsal, Oskar Wähler vom Bezirkskommando Bruchsal, Jakob Fischer vom Freiw. Bataillon, 2, Joseph Beckmann vom Freiw. Bataillon, 2, Karl Dür vom Bezirkskommando Karlsruhe, Emil Koss vom Bezirkskommando Bruchsal, Ernst Moser vom Inf.-Regt. 169, Otto Greunhäuser vom Inf.-Regt. 40, Friedrich Baumgartner vom Train-Bataillon, 14, Wilhelm Oppenländer vom Freiw. Bataillon, 2, Benelmin Lanther vom Bezirkskommando Karlsruhe, Alois Schindler vom Fuß-Regt. 14.

die Unteroffiziere: Friedrich Hofmeister vom Fuß-Regt. 9, Karl Reinecke vom Grenad.-Bataillon, Oberstein, Joseph Reimbach vom 3. Freiw. Bataillon, Friedrich Strengwieser, Wilhelm Ortum und Karljosef Stumpf vom 1. Freiw. Bataillon.

Ernannt: die prov. Gendarmen Julius Gehrm in Reustadt und Martin Klugler in Karlsruhe.

Im Zivilident verwendet: Wachmeister Christian Weig in Weilingen als Bureaugehilfe bei der Bahnbede in Weilingen.

Im Zivilident angestellt: Wachmeister August Seiler in Söllingen als Bureaugehilfe bei der Bahnbede dortselbst.

Befördert: die Wachmeister: Eugen Bornhauser von Aberglingen nach Holtmann, Karl Hebenicht von Immensied nach Kleinlaufenburg, Georg Oberwald von St. Willen nach Wainau, David Hummel von Niedersied nach Malsch, Friedrich Wöringer von Weilingen nach Niedersied, Karl Kaufmann von Konstanz nach Weilingen, Karl Knapp von Offenburg nach Immensied, Otto Franz von Hausen 1. Z. nach Reustadt, Heinrich Brenner von Reustadt nach Eitenheim, Michael Reich von Eitenheim nach Weilingen, die Gendarmen: Friedrich Harber von Konstanz nach Bombdorf, Bernhard Heimer von Offenburg nach Freiburg, und Jakob Böhle von Malsch nach Tengen.

In den Ruhestand getreten: Oberwachmeister Adam Keller in Waldloch und Wachmeister Ernst Martin in Hammereisenbach.

Ernannt: Wachmeister Friedrich Müller in Amlingen.

— Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues. —  
Beamtenentgeltverleihung: dem Geometerlandboten Friedrich Haf bei dem Bezirksgeometer in Murgbrunn.

Befördert: Verwaltungsassistent Wilhelm Fink in Aberglingen zum Bezirksgeometer in Murgbrunn.

Zurückgenommen: die Beförderung des Straßenmeisters Hermann Wunderte in Weilingen zur Wasser- und Straßenbauinspektion Heidelberg.

— Verwaltungshof. —  
Ernannt: die Richter Peter Antbes, Stephan Künzling und die Bibliothekarin Anna Schütz bei der Holz- und Pflanzenschule in Wiesloch.

— Landesgewerbeamt. —  
Ernannt: Gewerbeschreierlandbot Karl Linemann in Goppingen als Hilfslehrer der Gewerbeschule in Emmendingen, Architekturschreier Hugo Huber in Eimartingen als Hilfslehrer der Gewerbeschule in Murgbrunn, Maschineningenieur Hans Rehner in Eimartingen als Hilfslehrer der Gewerbeschule in Murgbrunn.

Aus dem Bereiche des Ministeriums der Finanzen.

— Zoll- und Steuerverwaltung. —  
Befördert wurde:

unterm 3. April 1919: der Steuerassistent Wendelin Köhler in Eimartingen nach Bruchsal, der Steuerassistent Franz Heiling in Mannheim nach Badenbrunn.

unterm 8. April 1919: der Steuerassistent Ludwig Raab in Erzingen nach Malsch und

am 5. Mai 1919: der Steuerassistent Friedrich Schneider in Emmendingen zum Unterassistenten Weinheim.

unterm 14. April 1919: der Steuerassistent Hintermayer in Oberried nach Erzingen.